

»Neuen Bürgermeister nicht einschränken«

Höxters Stellenplan: Opposition mahnt

Höxter (WB/rob). Die Oppositionskräfte im Rat Höxter haben zu der von Bürgermeister Alexander Fischer (SPD) bekannt gegebenen umstrittenen Änderung der Verwaltungsorganisation eine gemeinsame Presseerklärung veröffentlicht. In der Stellungnahme der UWG-Fraktion, von Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Bürger für Höxter (BfH) und der Einzelmitglieder der FDP und der Linken im Rat Höxter wird beim Stellenplan Zurückhaltung vom Bürgermeister und von der »Groko« aus CDU und SPD gefordert.

In dem Schreiben, eine Reaktion auf Ratssitzung und Erklärung des Bürgermeisters, heißt es: »Durch den Weggang der 1. Beigeordneten Maria Schmidt gab es objektiven Handlungsbedarf, Änderungen in der Aufbauorganisation der Stadtverwaltung durchzuführen. Die Politik hat dazu in der Ratssitzung am 13. Dezember 2018 den Anfang gemacht und die Hauptsatzung dahingehend geändert, dass zukünftig in Höxter keine Beigeordneten, also Wahlbeamte, mehr bestellt werden. Die weitere strukturelle Neuorientierung liegt prinzipiell in der Organisationshoheit des Bürgermeisters, wobei die sich ergebenden Veränderungen im Stellenplan durch den Rat bestätigt werden müssen.«

Weiter schreibt die Opposition: »Der Bürgermeister hat nun am 22. Februar 2019 erklärt, dass er bei der nächsten Kommunalwahl

im Herbst 2020 nicht erneut antreten wird. Trotz alledem strebt er aber jetzt einen Umbau der Stadtverwaltung mit weitreichenden Folgen an. Vor dem Hintergrund seines Kandidaturverzichts wirkt diese Neuorganisation nicht wirklich sinnvoll, da sie in ihren Auswirkungen nicht mehr von dem derzeitigen Bürgermeister zu verantworten sein wird. Darüber hinaus ist dies eine Belastung für jeden neuen Bürgermeister, weiß man doch nicht, ob dieser eine solche Neuorganisation für richtig hält. Eventuell möchte dieser neue Bürgermeister andere Akzente setzen und Abteilungen neu ausrichten und konzeptionieren.«

UWG, BfH, Grüne, FDP und Linke argumentieren weiter: »Diese Chance der Weiterentwicklung würde durch die Vorfestlegung mit der jetzigen Reform unmöglich gemacht. Stellen, die jetzt geschaffen würden, sind im Herbst 2020 nicht einfach wieder zu eliminieren, folglich würde der Gestaltungsspielraum eines neuen Bürgermeisters auf ein Minimum beschränkt.«

Die Oppositionskräfte im Rat fordern übereinstimmend vom Bürgermeister, dass er hier von seiner Organisationshoheit nur in dem notwendigsten, unvermeidbaren Umfang Gebrauch macht, auf Ausweitungen und Aufstockung von Verwaltungsstellen insbesondere in den oberen Besoldungsstufen verzichtet.